

OUR CLIMATE

kost nix, aber nicht umsonst.



Tun was wir wissen! Überlegungen zur Massenblockade 2015 im Rheinland

Harald Welzer stellt in dem Buch "Das Ende der Welt, wie wir sie kannten" die Frage: "Warum tun wir nicht was wir wissen?" und meint damit, "...was wir wissen das es notwendig wäre, zu tun um die katastrophalsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern." Die Antworten, die Harald Welzer auf diese Frage findet sind spannend. Zum Beispiel führt er den quasi-religiösen Status des Kapitalismus in dieser Gesellschaft aus. Durch diese quasi-religiöse Stellung wird ebendieser Kapitalismus konsequent ausgeklammert, bei der Frage, was zu tun wäre um das Klima zu retten.

Wenn sich diesen Dezember in Paris die Politiker*innen zur Klimakonferenz treffen, ist das sicherlich eine gute Gelegenheit zu studieren, welche Mechanismen greifen,

dass die politökonomische Elite der Menschheit und dem Planeten, sehenden Auges, das Grab schaufelt. An dieser Stelle wollen wir uns aber mit einer anderen Frage beschäftigen:

Was wäre, wenn eine kritische Masse auf einmal einfach anfangen würde das zu tun was sie wissen (dass es notwendig ist), anstatt ein weiteres Mal große Hoffnungen in einen großen Klimagipfel zu stecken. Um dieser Vision eine Chance zu geben, organisiert ein breites Bündnis von klimapolitischen und anderen linken Gruppen eine Massenaktion für den Sommer 2015, bei der der Tagebau mit vielen hundert Menschen geflutet werden soll, um ihn so, zumindest für einen Tag stillzulegen. >>weiter auf Seite 2

Tun was wir wissen

Die COPs 2015 in Paris und wie wir tun was wir wissen im Sommer 2015 im Rheinland >> Seite 1

Grüne besetzt

Im Rahmen der Aktionstage des Klimacamps 2013 besetzten mehrere Aktivist*innen die Parteizentrale der Grünen NRW in Düsseldorf. >> Seite 2

Gehen-Kommen-Gegangen werden/von Klimawandel und Flucht

Seitdem das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) den letzten Bericht (2013) zum Stand der weltweiten Flüchtlingszahlen und -ströme veröffentlicht hat, macht die Hauptaussage immer wieder ihren Weg durch die Medien >>Seite 4

Goldabbau in Skouries/Griechenland

In Nord-Griechenland sind zur Zeit zahlreiche Goldminen in Planung. Unter anderem soll auf der Halbinsel Halkidiki konkret in den Gegenden Skouries Gold abgebaut werden. >>Seite 6

Blockaden, Knast und Waldspaziergang

ein Bericht aus dem Hambacher Forst über die Geschehnisse seit August 2014 >>Seite 9



Diese Zeitung

gibt es für das Erstarken einer konsequenten Klimabewegung, die wir begleiten, unterstützen und kritisch-solidarisch reflektieren wollen. Sie ist ein offenes Medium und wird kostenlos verteilt. Wir freuen uns über eingesandte Artikel, Kommentare, Grafiken, sowie weitere Mitstreiter*innen und sind angewiesen auf Spenden. Per E-Mail eingesandte Übersetzungen der Artikel veröffentlichen wir in der Online-Ausgabe. Kontakt und Impressum » Seite 4

Sicherlich wäre tatsächlich weit mehr notwendig als diesen einen Tag diesen einen Tagebau zu blockieren. Zur Erinnerung: Ob die Verselbstständigung des Klimawandels überhaupt noch aufgehalten werden kann, wird inzwischen von führenden Klimawissenschaftler*innen kontrovers diskutiert. Um so früher wir aus dem fossilistischen Kapitalismus aussteigen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit darauf.

Zum Glück ist die Aktion im Rheinland aber nicht die einzige, die im Kontext der Klimakonferenz in Paris geplant ist. In Frankreich gibt es große Mobilisierungen und überall in Europa werden gerade Proteste geplant. Der langfristige Erfolg der Massenaktion im Rheinland

wird von zwei Dingen abhängen: Zum einen inwieweit es gelingt, die verschiedenen Aktionen zur Klimakonferenz zu einer allgemeinen Dynamik intensiverer Klimaproteste zu verbinden und zu verdichten, und inwiefern die "Massen" die mobilisiert werden sollen, anschließend aus der reinen Funktion der "Masse" heraustritt und selber an der Gestaltung einer kontinuierlichen Klimabewegung teilnimmt, die nicht davon abhängt, dass die Kreise, die jedes Jahr von Thema zu Thema springen, gerade die Klimakämpfe für sich entdeckt haben, bevor es zum nächsten Thema geht.

Grüne besetzt !

Im Rahmen der Aktionstage des Klimacamps 2013 besetzten mehrere Aktivist*innen die Parteizentrale der Grünen NRW in Düsseldorf.

Die friedliche Besetzung hatte das Ziel, die Partei an ihre klimapolitischen Zusagen zu erinnern und die Öffentlichkeit auf die Widersprüche zwischen diesen Versprechen und dem tatsächlichen Handeln der Grünen in NRW hinzuweisen.

Die Forderung der Aktivist*innen war es, eine von ihnen verfasste Pressemitteilung, in der sie ihre Kritik an der Kohle- und Klimapolitik der Grünen in NRW formulierten, über den Presseverteiler der Grünen zu schicken. Die Forderung wurde abgelehnt und nach nur knapp zwei Stunden begann die Räumung durch die Polizei.

Bei sieben Besetzer*innen wurde das Verfahren nach über einem Jahr Ende 2014 ohne Auflagen eingestellt. Einer der Besetzer*innen wurden in einem gesonderten Prozess 40 Sozialstunden aufgedrückt.

KALTE SCHULTER UND FALSCHDARSTELLUNGEN

Nachdem die Grünen NRW trotz vieler Einwendungen auch von Seiten eigener Parteimitglieder und der Grünen Jugend NRW die Strafanzeige nicht zurückzogen begann eine erfolglose E-mail-Korrespondenz, die zweimal von Seiten der Grünen abgebrochen wurde. Auf einen offenen Brief der Aktivist*innen, in dem das Fallenlassen der Strafanzeige erfragt wurde veröffentlichten die Grünen NRW ihre Darstellung der Besetzung, die voller Fehler und Beschuldigungen gegen die Besetzer*innen war. Beispielsweise behaupteten sie, dass die Verschickung der Pressemitteilung der Aktivisten über die parteiinternen Verteiler einer Selbstanklage gleichkäme. Dabei

unterschlug der Landesvorstand, dass die Pressemitteilung mit den Namen der Aktivist*innen versehen gewesen wäre, um klarzustellen, dass es deren Meinung und nicht die der Parteimitglieder ist.

Dass die Aktivist*innen von Anfang an auf eine öffentlichkeitswirksame Räumung spekuliert hätten, ist ebenfalls falsch. Bei zahlreichen Besetzungen von Parteizentralen in den letzten Jahren kam es fast nie zu Strafanzeigen und Polizeieinsätzen. Das muss sich der Landesvorstand der Grünen NRW selbst zuschreiben.

Denn die Behauptung, den Besetzer*innen genug Bedenkzeit gewährt zu haben ist ebenfalls nicht richtig, wurde die letzte Besprechung der Aktivist*innen über einen durch eine*n Vertreter*in der Grünen Jugend eingebrachten Kompromissvorschlag doch durch die abrupte polizeiliche Räumung abgebrochen.

Mehrere Gesprächsangebote der Besetzer*innen über ein Zurückziehen der Strafanzeige im Laufe des vergangenen Jahres wurden von den Grünen ignoriert. Diese hielten weiterhin an der Vorstellung fest, dass sie mit einem Fallenlassen der Anzeige die Besetzung legitimieren würden.

Zusammenfassend haben die Grünen den Ablauf der Besetzung, die Forderungen und Verhandlungen mit den Aktivist*innen bewusst falsch dargestellt und suggerieren wollen, dass sie sich mit der Anzeige nichts zu Schulde haben kommen lassen. Die vollständige kommentierte Falschdarstellung findet ihr auf dem Blog der Besetzer*innen gruenebesetzt.blogspot.eu/.

DER PROZESS: MDL DÜKER IN PEINLICHER ERKLÄRUNGSNOT FÜHRT ZU FREISPRUCH „2TER KLASSE“

Am 30. Oktober kam es nach mehrmaligem kurzfristigen

Verschieben schließlich zur Verhandlung gegen sechs der Besetzer*innen am Amtsgericht Düsseldorf. Der Gerichtssaal war mit knapp 40 Zuschauer*innen gut gefüllt. Gleich zu Beginn des Prozesses nutzten alle sechs Aktivist*innen die „Einlassung zur Sache“ für ein sehr persönliches Statement zur ihrer Motivation und ihrer Kritik an der enttäuschenden und wahlkampf-taktischen grünen Klima- und Energiepolitik in NRW. Dabei wurde deutlich, dass die polizeiliche Räumung nicht nur nicht notwendig sondern seitens der Grünen provoziert war.

Als die damalige Landesvorsitzende der Grünen NRW, Monika Düker, die die Anzeige gegen die Besetzer*innen gestellt hatte, als Zeugin vernommen wurde, zeigten sich deren widersprüchliche opportunistische Politik und das befremdliche Rechtsverständnis der Grünen NRW deutlich. Als Antwort auf die Enttäuschung der Besetzer*innen von der Klimapolitik der Grünen erwiderte sie, dass diese nachvollziehbar sei und sie auch nicht immer so könne wie sie wolle. Angesprochen auf nicht eingehaltene Wahlversprechen beharrte sie so stur wie selbstverständlich, dass „ein Wahlprogramm kein Regierungsprogramm“ sei. Auf Nachfrage nach der dort festgeschriebenen ausdrücklichen Befürwortung von zivilem Ungehorsam gab sie zu, als Landespartei-vorsitzende den Inhalt ihres Programms selber nicht genau zu kennen.

Diese Aussagen mögen viele Kritiker*innen der parlamentarischen Demokratie und der Grünen grundsätzlich nicht mehr erschüttern, sie in dieser Selbstverständlichkeit allerdings direkt aus dem Mund eines Mitglieds des Landtages zu hören ist bemerkenswert.

Trotz mehrmaliger Angebote der Richterin und sogar des Staatsanwaltes, nach einem Rückzug der Strafanzeige durch die Grünen den Prozess einzustellen, hielt Monika Düker weiterhin daran fest, dass alle sechs bestraft werden müssten. Ihre Sturheit, den Prozess nicht ohne Strafe für die Besetzer*innen beenden zu wollen, sorgte bei allen Anwesenden für Irritation.

Nach der Befragung der Zeugin Düker wurde der Prozess vorzeitig beendet. Das Verfahren wurde ohne Auflagen unter anderem mit der Begründung eingestellt, dass die Besetzer*innen nicht aus Eigennutz gehandelt sondern das Wohl der Allgemeinheit im Sinn gehabt hätten.

WIR HABEN KEINE WAHL – KLIMASCHUTZ UND PARLAMENTARISMUS

Während die Bundesgrünen immer wieder zeigen wollen, dass sie den Graswurzel-Bewegungen nahe stehen, wie beispielsweise durch Solidarisierung mit der Anti-Atom-Bewegung, zeigt es sich doch an diesem Beispiel eindeutig dass Klimaschutz nicht wählbar ist sondern Handarbeit der Graswurzel-Bewegungen bleibt. Vor allem in NRW und insbesondere in Bezug auf die Kohleverstromung gibt es zahlreiche Beispiele, die aufzeigen, warum sich das korrumpierende Machtgefüge Parlamentarismus und wirksamer und konsequenter Klimaschutz nicht zusammendenken lassen.

Das von der rot- grünen Koalition verabschiedete Klimaschutzgesetz im Kohleland Nummer 1 Nord-Rhein-Westfalen entpuppt sich als Farce, da dort kein einziges Mal das Wort „Kohle“ auftaucht.

Auch ihr „Wahlversprechen“, den Neubau von Kohlekraftwerken zu verhindern, haben die Grünen bereits gebrochen. Anstatt den Schwarzbau des Steinkohlekraftwerks Datteln IV nach der durch Klagen und Protesten verhinderten Inbetriebnahme endgültig zu verhindern, stimmten die Grünen zusammen mit SPD, CDU und FDP einem Zielabweichungsverfahren zur nachträglichen Legalisierung zu. Begründet wurde die Zustimmung mit dem Koalitionsvertrag. Darin einigten sich SPD und Grüne nach der Wahl darauf zwar keine neuen Kraftwerke mehr zu bauen, bei laufenden Baustellen allerdings die Gerichte entscheiden zu lassen. Angesichts der Dringlichkeit klimapolitisch zu handeln, zeigen die Grünen dabei einmal mehr, dass sie sich lieber mit einem faulen Kompromiss aus der Verantwortung stehlen, um an der Regierung statt an mutigem Klimaschutz beteiligt zu sein.

Bezogen auf die Verkleinerung des Braunkohletagebaus Garzweiler II wollten die Grünen NRW sich ebenfalls vorschnell Lorbeeren aufsetzen. Obwohl die



Verkleinerung des Tagebaus erst 2015 entschieden wird, sprechen die Grünen an der Seite der SPD statt von einer Absichtserklärung von beschlossener Sache und geben damit Bewohner*innen des Tagebaurandgebietes trügerische Hoffnung ihre Häuser und Heimat behalten zu können. Dabei ist es durchaus möglich das die starken Verflechtungen der Kohlelobby mit der Politik in NRW einmal mehr eine Entscheidung revidiert.

Ähnlich wie das Land NRW dem Energiekonzern RWE am 12. Dezember 2014 den dritten Rahmenbetriebsplan für den Hambacher Tagebau genehmigt hat, sodass unter anderem der Hambacher Forst und die Orte Morschenich und Manheim bis 2030 weiter abgebaggert werden können.

STRATEGISCH GEDACHT...FAZIT AUS DEM PROZESS UND DESSEN AUSGANG

Mit der Begründung der Richter*in zur Einstellung des Verfahrens, dass die Besetzer*innen nicht nur für sich selbst gehandelt haben sondern dass die Aktion auch der Allgemeinheit diene, zeigt sich wie eine inhaltlich gut begleitete Besetzung erfolgreich sein kann. Obwohl betont wurde, dass Verfahren für eventuelle weitere Besetzungen nicht so glimpflich ausgehen würden,

motiviert der Ausgang des Prozesses, Besetzungen wieder mehr als politisches Druckmittel zu nutzen.

Auch wenn die Forderungen der Aktivist*innen nicht erfüllt wurden, war die Aktion insofern ein Erfolg, als dass die Entscheidung eine Strafanzeige zu stellen und eine Räumung zu veranlassen eine bundesweite parteiinterne Diskussion über die NRW-Partei losgetreten hat. Ob die Aufmerksamkeit auf den fehlenden Klimaschutz zu Veränderungen in der Politik führt, mag bezweifelt werden. Hoffen wir, dass Wähler*innen der Grünen ihre Wahlentscheidung überdenken und ihre Schlüsse daraus ziehen...

Sonnenklar ist: Es reicht nicht, keine neuen Kohlekraftwerke bauen zu wollen, wenn die geplanten nicht verhindert werden.

Echter Klimaschutz muss sofort beginnen, kann konsequent nur von unten organisiert werden und ist Handarbeit...

Nie wieder Grüne wählen -

Und alle anderen auch nicht -

Organisiert euch selber.

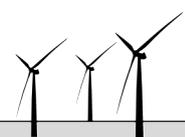
Gehen - Kommen - Gegangen werden

Klimawandel als Grund von Flucht

Diesem Artikel sei voran gestellt, dass er ein erster in einer Reihe von Artikeln sein wird, der in dieser Zeitung über die kommenden Ausgaben zum Themenkomplex „Klima und Flucht“ erscheinen wird. Er hat keinen Anspruch auf auch nur halbe Vollständigkeit und befasst sich vor allem nicht mit Fallbeispielen. An dieser Stelle sind alle Menschen eingeladen, die dies lesen, ihre Perspektive auf das Thema in Worte zu fassen und an die Zeitung zu schicken – damit wir nach und nach viele Puzzleteile zu einem immer wachsenden Ganzen zusammen setzen können. Besonders spannend wäre es sicher, wenn eine Person von ihren Erfahrungen mit Klimaveränderungen und daraus resultierendem Verlassen einer Region berichten würde.

Seitdem das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) den letzten Bericht (2013) zum Stand der weltweiten Flüchtlingszahlen und -ströme veröffentlicht hat, macht die Hauptaussage immer wieder ihren Weg durch die Medien: Mit 50 Millionen Menschen sind seit Mitte letzten Jahres etwa so viele Personen auf der Flucht wie zu Zeiten des zweiten Weltkrieges.

Darunter sind Binnenflüchtlinge, die von einer Region eines Landes in eine andere fliehen, ebenso wie Menschen, die ihren Weg über Landesgrenzen gehen. Die Beweggründe sich auf die Flucht zu begeben sollten niemals und in keinsten Weise in Kategorien von 'schlimm' und 'weniger schlimm' unterschieden werden. Ganz ohne Zweifel sind sie vielfältig und oft



Impressum

V.i.S.d.P.:

WAA c./o. Redaktion o.c.n.y.b.
Kallgasse 20 / 52355 Düren
Web: <https://we.riseup.net/ocnyb>
E-Mail: o.c.n.y.b@riseup.net

Diese Zeitung erscheint mit einer Auflage von 2.000 Stück.
Für weitere Ausgaben sind wir auf Spenden angewiesen.



Konto: Spenden & Aktionen
Kontonummer: 92881806
BLZ: 513 900 00
Bank: Volksbank Mittelhessen
Betreff: Klimazeitung

mehrdimensional – dabei ist davon auszugehen, dass nicht wenige der Menschen auch aufgrund der Folgen von sich verändernden Umwelt- und Klimaverhältnissen eine Region verlassen (müssen). Der, hauptsächlich aufgrund von Produktion und Konsum in Industrienationen generierte, menschengemachte Klimawandel ist real und bereits jetzt hat er verheerende Auswirkungen auf Lebensgrundlagen weltweit. Nicht nur, dass die durchschnittliche Temperatur der Erde steigt und dadurch die (ant)arktischen Eisfelder schmelzen und Permafrostböden tauen. Auch führen häufiger auftretende Extremwetterereignisse und sich kontinuierlich verändernde regionale Verhältnisse zu Überflutungen, Dürren, ausgetrockneten oder verunreinigten Brunnen, ausfallenden Ernten – Spekulationen mit Nahrungsmitteln, das Auslaugen der Böden durch falsche bzw. exzessive Bodennutzung und Landgrabbing tun ihr übriges. Immer mehr Menschen, gerade im politischen Süden und/oder Regionen, die von Subsistenzwirtschaft geprägt sind, verlassen aufgrund dessen ihr Zuhause. Sie gehen in große Metropolen, in andere Länder, in Flüchtlingslager. Immer häufiger spielen Klimaveränderungen und die eng verwandte Ressourcenknappheit auch eine Rolle bei kriegerischen Auseinandersetzungen. Und all dies ist nur der Anfang einer irgendwann nicht mehr aufzuhaltenden Kettenreaktion einander verstärkender einschneidender Folgen.

Für die Forderung von unbegrenzter Bewegungsfreiheit für alle Menschen ist es nicht von Bedeutung, ob eine Person einen Ort verlassen muss und/oder dies möchte – es steht niemanden zu darüber zu richten, ob sie ausreichende Gründe dafür hat an einem anderen Ort dieser Welt zu leben. Und doch ist genau das eine Tatsache und Lebensrealität vieler Menschen, die sich weltweit in Bewegung befinden. Dabei ist das Verrückte, dass es für Regierungen wie der von Deutschland weniger eine Rolle spielt, aus welchen Gründen Menschen eine bestimmte Region verlassen, sondern ob die Personen, die einreisen und auch bleiben wollen, einen „Beitrag für Deutschland“ leisten können; ob sie also Steuereinnahmen bringen, die angeblichen Fachkräftemangel decken und sich am Besten auch sonst gleich noch der 'deutschen Kultur' anpassen. Wenn schon Unterschiede gemacht werden, müsste mensch ja davon ausgehen, dass die Personen, die aus höchster Gefahr heraus eine Region verlassen müssen, dann auf jeden Fall in einer anderen auch aufgenommen werden – aber das Gegenteil ist häufig der Fall.

Laut der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 zählt als Flüchtling eine Person, die [...] aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will [...].“ Eine solche Person z.B. hat in Deutschland EIGENTLICH Asylrecht laut Grundgesetz. Seit der Novellierung im Jahre 1993 hat sich das grundsätzlich geändert. Eine Reihe neuer „Anforderungen“ sind hinzugekommen. Wer z.B. aus einem Land einreist, welches als sicheres Drittland klassifiziert wurde, kann sich nicht mehr auf dieses Grundrecht berufen, sondern kann direkt wieder in jenes zurückgeschickt werden (Dublin-3-Verfahren) – alle an Deutschland angrenzenden Staaten unterliegen jedoch dieser Klassifizierung, dadurch können Menschen nur per Flugzeug aus einem unsicheren Land einreisen. Stammt eine Person aus einem „sicheren Herkunftsland“ wird ihr Asylantrag abgelehnt. Erst Ende September wurden z.B. die Länder Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als solche durch den Bundesrat eingestuft. Die Gesetzeslage ist komplex und die Autorin hat keinesfalls den vollständigen Durchblick – eines wird nur deutlich: in Deutschland Asyl zu finden ist für Menschen spätestens nach der Novellierung unausgesprochen schwer und nicht selten von Bloßstellung und Erniedrigung gekennzeichnet. Im Zusammenhang mit der Überschrift dieses Beitrages ist außerdem festzustellen, dass in der Definition der Flüchtlingskonvention eine Flucht aufgrund von klimatischen Veränderungen oder aber wirtschaftlicher Notsituation nicht inbegriffen ist. Und damit haben Klimaflüchtlinge nahezu keine Chance in einem Land wie Deutschland Asyl zu erhalten. Und wieder sind es gerade die Staaten, die ihre Grenzen immer dichter machen, die kolonialisiert haben (und es noch immer tun), die den Klimawandel immer weiter anheizen und die durch ihre Form des Wirtschaftens einen großen Teil dazu beitragen, dass Menschen in anderen Regionen der Erde ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden.

Welche Begriffe auch immer für sich bewegende Menschen gefunden werden – ob Klimaflüchtling, Wirtschaftsflüchtling, Migrant*in oder politischer Flüchtling - wer wo anders hingehen möchte oder gezwungen wird dies zu tun, aus welchen Gründen auch immer, muss diese Möglichkeit haben ohne dass sich

irgendwer herausnimmt entlang von wirtschaftlichen Kennzahlen darüber zu entscheiden, ob dies auch gestattet ist. Ganz genauso müssen wir alle dafür Sorge tragen, dass Menschen diesen Schritt nicht gehen MÜSSEN; dass sie sich also auch dafür entscheiden können, zu bleiben wo sie sich wohl und zu Hause fühlen. Dazu zählt auch, hier und überall gegen den menschengemachten Klimawandel und die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch das Ausbeuten und Inpreissetzen jed möglicher Ressource aktiv zu sein und direkten Widerstand zu leisten. Und dennoch: Auch wenn das vielzitierte 2 Grad Ziel erreicht wird (und um das zu Erreichen sind enorme Anstrengungen und eine von grundauf andere Ausrichtung unserer Produktions-

und das Überkommen bestehender Machtverhältnisse erforderlich), sind bereits jetzt Regionen dieser Erde von Klimawandel betroffen oder aber werden es in den kommenden Jahren sein. Es ist also essentiell, Menschen die fliehen unsere höchste Solidarität entgegenzubringen und gemeinsam mit ihnen für ein Gutes Leben für alle zu kämpfen!



Skouries – Goldabbau in Griechenland

In Nord-Griechenland sind zur Zeit zahlreiche Goldminen in Planung. Unter anderem soll auf der Halbinsel Halkidiki konkret in den Gegenden Skouries Gold abgebaut werden. In der Nähe der Mine, die bei Skouries entstehen soll, bei Piavitza, befindet sich auch noch ein weiteres Goldvorkommen und die Überlegungen zu einer Mine dort könnten noch zehnmal größere Ausmaße als in Skouries annehmen.

Hinter den Minen auf Halkidiki und bei Perama steckt dabei die gleiche Firma: Eldorado Gold, ein kanadisches Unternehmen mit Sitz in Vancouver. Jeweils ist der Beginn des Abbaus für 2016 geplant und die Laufzeiten gehen teilweise bis zu 27 Jahren. Aber auch bei den anderen für den Goldabbau freigegebenen Regionen ist eine Teilhabe von Eldorado Gold nicht ausgeschlossen.

ZWIELICHTIGE TRANSAKTIONEN – WIE ELDORADO GOLD INS SPIEL KAM

Im Jahr 1996 waren die Abbaurechte für die Cassandra-Minen im Wege einer öffentlichen Ausschreibung für 32 Mio. Euro an TVX Hellas S.A., ein Tochterunternehmen der kanadischen TVX Gold, veräußert worden. In den darauf folgenden Jahren wurde unter anderem eine Silber-Blei-Zink-Mine in Stratoni betrieben sowie eine Mine in Olympiada.

Doch bereits in 2002 wurde nach heftigen Protesten die Abbaugenehmigung widerrufen. TVX Gold stellte daraufhin die Finanzierung ein und schließlich musste TVX Hellas Insolvenz anmelden und wurde offiziell für bankrott erklärt. 2004 wurden die Bergbaukonzessionen der Cassandra-Minen für 11 Mio Euro an den griechischen Staat überschrieben. Nach verschiedenen Aufkäufen und internen Aufteilungen erwarb die kanadische Firma European Gold Fields 95 Prozent von Hellas Gold und ging 2012 in die ebenfalls kanadische Aktiengesellschaft Eldorado Gold über.

Heute gehört Hellas Gold S.A. also zu 95 Prozent

Eldorado Gold und zu 5 Prozent dem Unternehmen AKTOR, dessen Besitzer zu der Familie Bobolas gehört, einer einflussreichen, regierungsnahen griechischen Familienclan, dem unter anderem auch große Teile der griechischen Medien gehören. Der Wert der Mineralien von Halkidiki wird inzwischen auf 15,5 Mrd. Euro geschätzt.

SKOURIES UND SEINE FOLGEN

In der Region Skouries befindet sich ein Gold-Kupfer-Porphyr-Vorkommen. Dieses will Hellas Gold ab 2016 zunächst im Tagebau abbauen. Mit sechs Tonnen Sprengstoff pro Tag soll über die Jahre ein Loch entstehen mit einem Durchmesser von bis zu zwei Kilometern und einer Tiefe von 220 Metern. 24.000 t Gestein mit einem geschätzten Gehalt von 0,8 g Gold pro Tonne sollen pro Tag abgebaut werden. Unter dem Tagebau soll dann ein bis 770 Meter tiefer Untertagebau mit bis zu 25 km Galerien entstehen. Zusätzlich soll an dem Standort Skouries auch eine Metallurgie-Fabrik zur Reingoldgewinnung entstehen. Dieser Punkt macht Skouries zu einem Schlüsselstandort der griechischen Goldproduktion.

DER WALD

Um dieses Projekt zu verwirklichen, wurden bereits ca. 3 km² Wald kahlgeschlagen. Ein ganzes Ökosystem und damit auch Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen wird dauerhaft zerstört. Auch die Menschen der umliegenden Dörfer, die Teile des Waldes schon seit Jahrhunderten forstwirtschaftlich genutzt haben, sehen sich nun einer wichtigen Quelle für Brenn- und Bauholz entzogen.

DAS WASSER

Mit mehreren Drainage-Bohrungen wird das Grundwasser bis zu einer Tiefe von 750m (davon 140m unter dem Meeresspiegel) abgepumpt, um zu

verhindern, dass die Mine vollläuft. Dies hat unter anderem die Austrocknung des Berges zur Folge, gefolgt von Bodenerosion und Überflutungen.

Das Haupt-Grundwasser-Vorkommen für Halkidiki befindet sich ebenfalls an diesem Ort. In Zukunft wird dieses Wasser zum einen für die Mine abgepumpt und das zum anderen das übrig gebliebene Wasser kontaminiert. Zur Förderung von einem Kilo Gold werden durchschnittlich 691.000 Liter Wasser benötigt.

DIE LUFT

Durch die täglichen Sprengungen wird eine Unmenge an Feinerz-Staub produziert – über 3.000 t pro Stunde werden es nach eigenen Einschätzungen von Eldorado Gold sein. Dazu kommen die Emissionen von Kohlenmonoxid, Stickoxiden, flüchtigen organischen Verbindungen, Schwefeldioxyden und den Aerosolen PM10 und PM2,5. Diese atmosphärischen Schadstoffe werden über weite Distanzen verteilt und sind extrem gesundheitsgefährdend.

DER BODEN

Kohlenmonoxid, Stickoxide und Schwefeldioxyde werden zu saurem Regen führen und infolge dessen übersäuert ebenfalls der Boden. Dies in Verbindung mit der Kontaminierung durch eine lange Liste an Schwermetallen von A wie Antimon bis Z wie Zink wird es für Pflanzen und andere Organismen unmöglich machen, in dem betroffenen Bereich zu überleben.

DIE „ENDLAGERUNG“

Des weiteren entsteht durch die Goldproduktion Müll und zwar vor allem durch den Prozess des Herauslösen des Goldes aus dem restlichen Gestein. Denn dafür werden heutzutage zahlreiche, in höchstem Maße giftige Chemikalien wie Zyanid verwendet. Und all das muss dann anschließend irgendwo hin: Täler werden durch Dämme zu Becken umgewandelt und mit dem Bergbau-Müll gefüllt, der dann in der Regel so lange dort bleibt, bis der entsprechende Damm bricht, wie im Jahr 2000 in einer Goldmine in Baia Mare (Rumänien) geschehen. Die Umweltkatastrophe vor Ort gilt direkt nach Tschernobyl als eine der verheerendsten in der Geschichte des europäischen Kontinents. Der durch die Produktion des Goldes entstehende Müll wird nun zu etwa 70 Prozent aus arsenhaltigem Eisenoxid-Schlamm (Skorodit) und Kalziumsulfat bestehen und ist besonders aufgrund des Arsens gefährlich. Die für Skouries geplanten Abfallbecken werden sich in den von den Flüssen Karatzas und Lotsaniko gebildeten Schluchten befinden. Die Bäume dort, einige über 300 Jahre alt, wurden bereits gefällt und 140-160 Meter hohe Dämme sollen gebaut werden. Der abgeladene Müll soll laut Angaben des Unternehmens relativ trocken sein und wie ein Berg an der höchsten Stelle noch 220 Meter über die Dämme hinausreichen. Dass dies starken Regenfällen

standhalten würde, ist sehr fraglich. Nach den Bergbauaktivitäten soll dann alles mit 60 cm Erde zugeschüttet werden. Weiterhin will das Unternehmen, um das Einsickern der giftigen Stoffe in den Boden zu verhindern, die Becken mit einer Folie auskleiden. Nach aktuellen Einschätzungen wird diese Folie allerdings höchstens 50 Jahre lang dicht halten. Da Hellas Gold den Goldabbau in Skouries 27 Jahre betreiben will, wird die Lösung des Problems also anscheinend auf die Dauer des Bestehens des Unternehmens angesetzt. Was danach kommt – darum sollen sich andere kümmern.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE MENSCHEN

Die Menschen in der Gegend um Skouries sind in vielfacher Weise negativ von der Goldmine betroffen: gesundheitlich, sozial und ökonomisch. Gesundheitlich sind sie betroffen, da das verseuchte Wasser, die Schwermetalle und der Staub zahlreiche, auch tödliche Krankheiten verursachen. Dies betrifft nicht nur die Arbeiter*innen sondern auch alle Bewohner*innen der Region und Besucher*innen.

Multinationale Bergbau-Unternehmen wie Hellas Gold benutzen aggressive Methoden gegen oppositionelle Bürgerinitiativen, wie z.B. Terrorismus, Gewalt, Erpressung, Infiltrierung, Überwachung, Klagen, die die finanziellen Möglichkeiten dieser Gruppen erschöpfen, Verbreitung falscher Gerüchte, Erstellung falscher Verbrechen, ausgedachte Anschuldigungen bis sogar hin zu Morddrohungen. Schließlich benutzen sie private Sicherheits-Unternehmen und arbeiten eng mit Milizen und Polizei zusammen.

Durch das Bergbaurecht ist es Hellas Gold möglich privaten Landbesitz zu enteignen und jede Aktivität, die den Bergbau stört, in ausgeschriebenen Bergbaugebieten zu verbieten. Schutzstatus für Gebiete durch nationale oder internationale Übereinkommen greifen nicht mehr und das Bergbauunternehmen hat den vollen Besitz an den Mineralien, muss also keinerlei Abgaben zahlen.

Schließlich wird erste die Region und die Menschen, die dort leben, noch ökonomisch in den Ruin getrieben. Denn die Haupt-Betätigungsfelder sind hier Landwirtschaft, Imkerei, Fischerei, Forstwirtschaft und Tourismus. All dies ist kaum bis gar nicht mit dem Goldbergbau vereinbar und wenn die Mine dann in einigen Jahren schließen würde, stünden die Menschen nur noch einer komplett zerstörten Umwelt und damit der Zerstörung aller Lebensgrundlagen gegenüber.

DER WIDERSTAND UND DIE REPRESSION

Widerstand regte sich in der Region um die Cassandra-Minen schon in den späten 90ern. Wie oben bereits erwähnt, hatten die Leute dort es geschafft, eine Goldmine in Olympiada zu stoppen.

DIE MAHNWACHE

Als nun die Pläne um Skouries klar wurden, formten sich in den umgebenden Dörfern Bürgerinitiativen, die Kampfkomitees genannt werden. Im Jahr 2009 errichteten sie auf dem Berg, wo die Mine entstehen sollte, eine Mahnwache. Diese war seitdem dauerhaft besetzt, um jede Aktivität von Hellas Gold mitbekommen und verhindern zu können. Bohrgeräte, die sich vor Ort befanden, wurden dann auch ziemlich schnell entfernt. Über Jahre blieb es ruhig auf dem Berg. Das Goldgeschäft schien nur auf dem Papier zu existieren, die Millionengewinne nur mit Spekulationen gemacht zu werden. Keiner rechnete ernsthaft damit, dass das wahnwitzige Projekt tatsächlich durchgeführt werden sollte. Dennoch organisierten sich die Bergbaueegner*innen weiterhin, informierten sich und andere über die katastrophalen Folgen des Goldabbaus, wurden mehr. Alle Kongresse oder ähnliche Propagandaaktivitäten des Konzerns wurden in den Folgejahren gestört, vor allem mit wissenschaftlich fundierten Richtigstellungen der Tatsachen und auch Aktionen wie „Banner-Drops“.

Nachdem Anfang 2012 nach zwei Monaten meterhohen Schnees, in denen der Berg „unbesetzt“ blieb, die Leute mitbekamen, dass Hellas Gold mit Angestellten des Archäologischen Instituts von Griechenland den Berg hochfuhren, schrillten die Alarmglocken: Dies schien ein Zeichen für eine tatsächliche Realisierung des Projekts zu sein. Denn das Archäologische Institut muss in Griechenland aufgrund der vielen Funde aus der Antike immer zuerst sein Okay geben, bevor irgendwelche Baumaßnahmen stattfinden dürfen. Am Tag darauf, am 20. März 2012 passierte dann etwas, mit dem keine*r gerechnet hatte. Hellas Gold zwang unter Androhung der Kündigung alle 350 Arbeiter aus der Silber-Blei-Zink-Mine in Stratoni und zusätzliche 150 potentielle Arbeiter auf den Berg zu gehen. So kam es, dass 500 Minenarbeiter die 40 Menschen in der Mahnwache, die wohlgernekt teilweise ihre eigenen Nachbarn waren, angriffen und die Mahnwache selbst komplett zerstörten. In Ierissos, einem der Widerstandsdörfer, wurde daraufhin das Bürgermeisterbüro besetzt und in einer Vollversammlung wurde eine Demo auf dem Berg für den 25. März angesetzt.

DIE DEMOS

Bei der angesagten Demo nahmen ca. 2.500 Leute teil: Dorfbewohner*innen, darunter auch alte Menschen und Kinder. An diesem Tag wurden die Leute zum ersten mal mit der MAT (die griechische Bereitschaftspolizei)

konfrontiert, die sie am Eingang zum Berg massiv mit Tränengas attackierte. In den folgenden Tagen, Wochen und Monaten kam es immer wieder zu großen Demonstrationen mit zwischen 2.000 und 5.000 Teilnehmer_innen und im Gleichzug immer wieder zu stundenlangen Auseinandersetzungen mit der MAT. In der Folgezeit verlagerte sich der Widerstand immer mehr in Richtung Ierissos, anstatt sich weiter auf den Berg und auf das nächstliegende Widerstandsdorf Megali Panagia zu konzentrieren. Dies ermöglichte es dem Unternehmen, mit Baumaßnahmen für die Infrastruktur zu beginnen.

DER BRANDANSCHLAG

In der Nacht zum 17. Februar 2013 betraten laut Polizeiangaben 40-50 Personen das Gelände, auf dem die Baumaßnahmen von Hellas Gold stattfanden und überwältigten vier Sicherheitskräfte. Fahrzeuge, Maschinen und Büroräume gingen in Flammen auf: Die Firma sprach von einem Sachschaden von 900.000 Euro. Als der Vorfall bekannt wurde, sanken die Aktienwerte von Eldorado um sechs Prozent.



Die Repression gegen die Bewohner*innen der Widerstandsdörfer ging ab diesem Zeitpunkt auf eine ganz neue Ebene: Tägliche Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Drohungen, Überwachung. Über 400 Personen wurden gezwungen, DNA abzugeben und auf ca. 70 Personen regnete es Klagen: Die Vorwürfe lauteten unter anderem Gründung einer kriminellen Vereinigung,

versuchter Mord und Besitz von Sprengstoff. Während mehreren brutalen Razzien im März und April in Ierissos kam es zu mehreren Festnahmen mit anschließender U-Haft für 3 Monate und als Antwort zu stundenlangen Ausschreitungen.

Noch bis in den Juli 2014 hinein wurden Menschen für Aussagen bei der Staatsanwaltschaft vorgeladen. Dabei wurden häufig Daten für angekündigte Aktionen und Demonstrationen gewählt. Viele haben Auflagen bekommen, dass sie sich nicht mehr als 3,5 km dem Berg nähern und das Land nicht verlassen dürfen. Die Prozesse stehen noch aus.

AKTUELLER STAND

Am 5. August diesen Jahres stimmte das Griechische Parlament positiv über Artikel 36 des neuen Forstgesetzes sowie eine Gesetzesänderung ab, durch welche öffentliche Wälder für private Geschäfte verfügbar werden. Dadurch wurden auch alle bereits geschehenen und auch alle zukünftigen Bau-Aktivitäten von Hellas Gold legalisiert. Alle bisherigen Baumaßnahmen waren nämlich ohne Genehmigung durchgeführt worden. Am Vortag hatten zwölf Frauen

aus Protest gegen die Verabschiedung der Gesetzesänderung den Eingang zur Mine blockiert, vier von ihnen hatten sich am Tor festgekettet. Die starke Repression war auch deutlich auf dem Camp zu spüren, da die Teilnehmer_innen von einer Zahl von über 2.000 auf ca. 200 Menschen

zusammengeschrunpft war. Weiterhin befürchten nun viele, durch die Wahl des neuen, laut Wahlversprechen Anti-Gold-Bürgermeisters von Ierissos, Yiannis Michos, weitere Kraft des Widerstandes zu verlieren. Denn eine Hoffnung darin, dass Politiker_innen das Problem lösen könnten, wäre nur allzu trügerisch. Auch die Wahlen, die in Griechenland am 25. Januar 2015 anstehen und bei denen die Partei Syriza gute Karten hat, halten die Gemüter zur Zeit noch im Schach. Sollte Syriza die Wahlen jedoch gewinnen und – wie zu erwarten – die

Wahlversprechen (gegen den Goldabbau) nicht einhalten, könnte sich dies jedoch schnell ändern. Und auch wenn die Widerstandsbewegung gerade schwere Zeiten durchmacht, ist hier auf Halkidiki noch nichts entschieden.

MOBILISIERUNG

Im Jahr 2015 wird es wieder ein internationales Camp gegen den Goldabbau geben. Ein genaues Datum steht noch nicht fest. Voraussichtlich wird es Ende Juli, Anfang August in Ierissos stattfinden. Haltet Augen und Ohren offen. Infos wird es auf den Internetseiten BEYONDEUROPE.NET und AK2003.GR geben. Wir sehen uns in Griechenland!

Blockaden, Knast und Waldspaziergang

ein Bericht aus dem Hambacher Forst über die Geschehnisse seit August 2014

Zum Klimacamp 2014 beim Tagebau Garzweiler mobilisieren die Besetzungen im Hambacher Forst zum Internationalen Aktionstag und zu einem herrschaftskritischen Camp. Am Aktionstag wird im Bereich des Tagebaus Hambach der Betriebsablauf der Kohlebahn für mehrere Stunden durch direkte Aktionen gestört. Im Tagebau Garzweiler werden die Schaufelradbagger geentert.

Der Herbst kündigt sich so langsam an und die damit verbundene Rodungssaison (01.10.2014-31.03.2015) im Hambacher Forst. Um sich dem entgegen zu stellen wird zur "Kein Baum fällt"- Kampagne mobilisiert. Der Beginn dieser Kampagne ist das Herbst Skillsharing Camp. Dieses ist international geprägt. Es finden unterschiedliche Workshops statt, wie: Barrikadenbau, Lock-On- (sich Festketten) und Tripodbau, „Out of Action“ (Aufarbeitung und Umgang von Erlebnissen nach Aktionen), Arbeiten mit Lehm. Bei Infoveranstaltungen wird über andere Kämpfen berichtet, wie in Kanada gegen den „Tar-Sands“-Abbau oder Goldabbau in Griechenland. Ab dem 1. Oktober finden direkte Aktionen gegen den Tagebau, Bahnverkehr und Rodungsarbeiten statt. Bei diesen werden von RWE eingekaufte Unternehmen, die sich an dem Raubbau mitbeteiligen aufgedeckt und blockiert.

Der 1.Oktober: die Blockade des Unternehmens Kaisers und die Besetzung von Grubenblick. Das Unternehmen Kaisers baut die ehemalige Hambachbahn ab. Bei der Blockade werden Aktivist_innen mit Hämmern und Brechstangen von den Arbeiter_innen angegriffen und verletzt. Der Firmenchef Heinz Bert Kaisers beteiligt sich

faustschwingend mit und bringt eine Morddrohung gegen die Aktivist*innen vor. Die Besetzung Grubenblick befindet sich in dem Bereich des Hambacher Forsts , wo die Rodungen durchgeführt werden sollen. In den Tagen danach werden Barrikaden gebaut, es kommt zu Blockaden und Zusammenstößen mit dem von RWE eingesetzten Sicherheitspersonal. Die Polizei zieht sich für diese Zeit aus dem Hambacher Forst zurück.

15. Oktober: eine Aktivistin fällt aus einem der Bäume der Besetzung Grubenblick. Barrikaden werden von Aktivist*innen rückgebaut um dem Krankenwagen die Zufahrt zu gewährleisten. Sie wird mit einem Helikopter ins Krankenhaus gebracht und mehrmals operiert. Während dieser Situation hat die Polizei nichts anderes zu tun, als die im Krankenhaus befindliche Person zu verhören und eine Person im Wald festzunehmen. Eine Polizistin erklärt "das davon auszugehen ist, dass ihr (die Besetzer*innen diese Person aus dem Baum geschubst habt".

Am 25. und 29. Oktober kommt es wieder zu Blockaden von Rodungsarbeiten, in dem auf die Maschinen geklettert wird. Während der Aktion am 29.Oktober kettet sich ein Aktivist mit einer Halsfessel an die Rodungsmaschine. Der Sicherheitsdienst versucht diese Blockade zu räumen in dem sie die Aktivist_innen von der 3m hohen, durch den Regen stark rutschigen Maschine runterzuziehen. Dabei gerät der angekettete Aktivist in Lebensgefahr. Die eintreffenden Polizist*innen aus Düren sind sichtlich überfordert. Die Polizei umstellt die Maschine mit Pfefferspray bewaffnet und fordert weitere Unterstützung aus

Aachen an. Diese Unterstützung stürmt die Maschine, fixiert den Aktivist und öffnet die Halsfessel. Darauf hin wird er gefesselt und mit "Hilfe" von Schlagstöcken abgeführt. Ihm wird Suizidversuch vorgeworfen, was juristisch in Richtung Unmündigkeit des "Beschuldigten" geht und psychiatrische Auseinandersetzungen zur Folge haben könnte, wenn sie mit der Anschuldigung durchkommen.

Am Donnerstagmorgen, den 30. Oktober gehen die Rodungsarbeiten im Hambacher Forst weiter. Das Aufgebot an Sicherheitskräften ist ungewohnt stark, deshalb kommt eine andere Strategie zum Einsatz: Um Fällungen zu stören bzw. die Waldarbeiter und Securities zu irritieren, werden auf dem Waldboden Feuerwerkskörper gezündet.

Aktivisten besetzen eine Barrikade („Der Haufen“) – mit dem Ziel die weitere Räumung hinauszuzögern. Die vom Sicherheitsdienst gerufene Polizei bringt vier Ingewahrsamgenommen auf Polizeirevier und nimmt zwei weitere Menschen fest. Bei dem nun folgenden Einsatz werden von den Polizist_innen einige

Munitionskörper gefunden, die noch aus den beiden Weltkriegen stammen. Daraus wird von Polizei und Medien eine „Bombenbedrohung“ durch linke Aktivist*innen konstruiert und allen Festgenommenen ein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Zwei Aktivist_innen haben sich in der Barrikade angekettet, die aus mehreren Tripods, Zaunelementen und Stacheldraht konstruiert war. Die Polizei muss eine Hebebühne einsetzen. Bei der Räumung geht die Polizei sehr fahrlässig vor – Sicherheitshinweise werden ignoriert und dadurch auch das Leben der Aktivist*innen in Gefahr gebracht. Als direkt im Anschluss auch die Baubesetzung geräumt wird, ist es bereits dunkel. Von den drei Personen auf den Bäumen haben sich zwei angekettet. Zwei Hebebühnen kommen zum Einsatz. Ein Aktivist, der ausserhalb der Besetzung auf einen Baum geklettert ist wird mit Flutscheinwerfern beleuchtet und es wird verkündet zu warten, bis dieser runter kommt. Nach mehrmaligen Rammen des Baumes mit einer Maschine, wird auch dieser von der Polizei geräumt. In den Abendstunden gegen 20 Uhr umstellen mehrere Hundertschaften die Wiesenbesetzung in der Nähe von Morschenich mit Räumpanzern (SW4) und durchsuchen



die Besetzung. Dabei werden zwei weitere Menschen festgenommen und auf die Polizeiwache gebracht. Die restlichen Aktivist*innen werden auf der Wiese festgesetzt und unter Beobachtung gestellt. Bei der Durchsuchung werden Gegenstände beschlagnahmt und Einrichtung beschädigt. Alle Festgenommenen werden in die Gewahrsamsstellen Düren, Jülich, Aachen und Kerpen gebracht. Die Festnahmegründe setzten sich aus „Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz“, „(schwerem) Landfriedensbruch“, „Nötigung“ und „(schwerer) Körperverletzung“ zusammen. Die Mehrzahl der Aktivist*innen bleibt etwa 24 Stunden (bis Freitagabend) in Gewahrsam. Ein Aktivist wird nach Aachen in die U-Haft gebracht. Auch im Gewahrsam werden weiter Repression gegen

Aktivist*innen angewendet. In Düren gibt es sechs erzwungene DNA-Abnahmen. Darüber hinaus wird der Kontakt zu Anwalt_innen verweigert und mit massiver Gewalt die Abgabe von Fingerabdrücken erzwungen (jeweils in verschiedenen Fällen). Sämtliche Kletterausrüstungen, ein Rucksack, dazu einige Handys und Mp3-Player, die sich im Besitz

der Menschen befanden, werden einbehalten. Vor den Polizeiwachen gib es Solidaritätskundgebungen. Passant*innen solidarisieren sich mit dem Widerstand. Zusammenfassend betrachtet hat der Staat auf eine neue Ebene der Aktion im Hambacher Forst sofort mit höchst umfangreicher Repression reagiert – indem für einen kompletten Tag annähernd alle, die sich im Gebiet Hambacher Forst aufhielten, verhaftet wurden, und alle pauschal der festgestellten „Straftaten“ beschuldigt wurden, egal, ob es dafür einen konkreten Anhaltspunkt gab oder nicht. Es ist wichtig festzustellen, dass dies nichts mit der Verfolgung von Straftaten zu tun hat – das ist für den Staat ein Nebeneffekt. Mit Durchsuchungen, Massenverhaftungen, Misshandlungen und Beschlagnahmungen, soll uns ein realer Schaden zugefügt werden – sowohl psychisch als auch physisch .

In den Tagen danach kommt es trotzdem wieder zu Blockaden von Rodungsarbeiten und Zusammenstößen mit RWE und der Polizei. Hunderte von Briefen werden in den Knast geschickt und spontane Aktionen vor dem Knast durchgeführt. Jetzt erst recht!

Am 5. November kommt es zu einer Blockade im Tagebauvorfeld und der Entdeckung seitens RWE, dass es

längst eine neue Besetzung im Rodungsbereich gibt (Neuland). Es kommt zu weiteren Blockaden und Öffentlichkeitsaktionen, wie in Bergheim zur Anhörung zum Neubau eines Kohlekraftwerks, als Aktivist*innen an Fahnenmästen hochklettern und ein Transparent ausrollen.

Am 18. November wird bei einer weiteren Aktion im Hambacher Forst ein Aktivist festgenommen und in U-Haft gesteckt. Begründet wird dies mit den Ereignissen vom 30. Oktober.

Am 25. November zeigt RWE, dass sie auch anders können. Um wahrscheinlich eine teure Räumung zu vermeiden wird die Besetzung Neuland mit Bauzäunen, Flutscheinwerfern und Sicherheitsdienst umzingelt. In den letzten Monaten kam in die Öffentlichkeit, dass RWE die Räumung der Waldbesetzung "Monkeytown" am 27. März 2014 selbst gezahlt hat. Die Taktik ist aushungern, psychischen Schaden anrichten und den Willen der sich im Baum befindlichen Aktivist*in zu brechen. Nach 4 Tagen, also am 28. November, kommt es dann dicke für RWE und seine 10 Sicherheitsleute. Es gelingt – trotz der massiven Bewachung der Security und der angemeldeten Mahnwachen- die Person, die seit 4 Tagen belagert wurde, abzulösen. Eine größere Gruppe von Menschen (25-30 Leute) nähert sich mit Transparenten und entspannter Gangart dem Bauzaun in der Dunkelheit und öffnet ihn. Dem Sicherheitsdienst (zum Zeitpunkt nur etwa 6-8 Menschen) die sich mit Stöcken bewaffnet nähern, wird mehrmals kommuniziert, dass von der Gruppe keine Gewalt ausgehen wird, und dass sie hier ist um die Besetzung zu unterstützen und die Person abzulösen. Der Sicherheitsdienst reagiert überfordert, teilweise werden Menschen geschubst und bedroht. Dies hält die Gruppe nicht auf. Es wird ein Seil heruntergelassen, und ein*e Aktivist*in macht sich an den Aufstieg. Erst wird noch versucht, die Person wieder herunter zu ziehen, doch das Wachpersonal kann davon erfolgreich abgehalten werden. In dieser Situation wird ein Aktivist zu Boden geschlagen und stark im Gesicht verletzt. Kurz danach taucht die Polizei auf und kesselt erstmal alle, die nicht schnell genug weg kommen, ein. Ein Aktivist wird zu Boden geschlagen und verletzt. Elf weitere werden inhaftiert und zur Polizeiwache nach Düren gebracht. Von neun Aktivist_innen konnten trotz Gewaltausübung weder Fingerabdrücke, noch Personalien festgestellt werden.

Am 1. Dezember ist der Haftprüfungstermin des Compas, der seit dem 30.10 in U-Haft sitzt. Mehrere Aktivist_innen versuchen sich Zugang zum Gerichtsgebäude in Düren zu verschaffen. Die Polizei holt Verstärkung und drängt die Aktivist*innen aus dem Gebäude. Eine Person wird dabei festgenommen. Nach einigen Stunden ist unser Compa draußen.

Die Situation um die Besetzung Neuland verschärft sich. Es wurde jetzt ein zweiter Zaun im Umkreis von ca 100m um den Baum gezogen und die Zahl von Securities wie Flutscheinwerfern erhöht. Immer wieder wird mit einer Hebebühne im 2 Stundentakt nach der Aktivistin im Baum "geschaut".

Am 4. Dezember, nach 5 Tagen, taucht die Polizei auf und räumt die Besetzung. Auf den Zuwegen haben sich 2 Aktivist_innen an das Zugangstor festgekettet und an einem anderen Zuweg wird ein Tripod (aufrechtstehender Turm mit drei Beinen) aufgestellt. Ein paar Tage später genehmigt die Bezirksregierung die Weiterführung des Tagebaus Hambach bis 2030.

Der Haftprüfungstermin des zweiten Compas, am 16. Dezember, findet in Düren statt. Lautstark, mit Bannern, Kreidemalereien und der Besetzung eines Baumes im Eingangsbereich des Gerichtes wird sich Gehör verschafft. Seit dem 18.11 saß dieser in U-Haft und kann nach einigen Stunden im Gerichtssaal wieder in viele Arme geschlossen werden.

Seit dem Sommer findet einmal im Monat ein Waldspaziergang mit bis zu 60 Menschen statt, so auch am 27. Dezember. Themen der Spaziergänge sind die Auseinandersetzung mit dem Wald selbst, seiner Zerstörung und dem Widerstand dagegen, die so an die Besucherinnen herangetragen wird. Die Tour durch den Wald zieht an den Baumbesetzungen vorbei, zur Wiesenbesetzung, wo es dann bei Tee und Kuchen zu interessanten Gesprächen mit allen Beteiligten und den Besetzer*innen kommt

- Respect Existence or Expect Resistane -
- Auf ein widerständiges 2015 -
- Hambi bleibt! -

hambacherforst.blogspot.de



Termine

- 18.03 Transnationale Aktionen gegen EZB-Eröffnung in FFM
blockupy.org
- 06.04-12.04. Frühling-Skillsharing-Camp im Hambacher Forst
hambacherforst.blogspot.de
- 10.04.-12.04. Kampf-ums-Klima-Konferenz
rosa-lux.de
- 21.04. Menschenkette gegen Kohleabbau im Rheinland
- 14.05.-17.05. Bundeskoordination Internationalismus in Münster
buko.info
-

noch weiter weg aber doch schon näher als gedacht:

- 07.08.-17.08 Klimacamp und Degrowth-Sommerschule
klimacamp-im-rheinland.de / Homepage noch in Arbeit
- 14.08-16.08 Massenaktion gegen den Braunkohleabbau
im Rheinland (und weltweit)
Homepage noch in Arbeit

